

DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft - Freithof 22 - 41460 Neuss

An den  
Präsidenten  
des Landtages Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper, MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**18/109**

Alle Abgeordneten

DJG Deutsche  
Justiz-Gewerkschaft  
Landesverband NRW e.V.

**Geschäftsstelle**  
Freithof 22  
41460 Neuss

Landesvorsitzender: Klaus Plattes  
E-Mail: [geschaeftsstelle@djg-nrw.de](mailto:geschaeftsstelle@djg-nrw.de)

[www.djg-nrw.de](http://www.djg-nrw.de)

15.11.22

Bearbeiterin/Bearbeiter  
Klaus Plattes  
01795900830  
[klaus.plattes@djg-nrw.de](mailto:klaus.plattes@djg-nrw.de)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) –  
Personaletat 2023

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1200  
Ihr Schreiben vom 02.11.2022  
Geschäftszeichen: III.1 /A07/1

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband NRW e.V bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu dem vorgenannten Gesetzentwurf abgeben zu können.

Aufgrund der umfangreichen Unterlagen und der Kürze der Zeit müssen wir uns leider auf einige wenige Punkte beschränken

An dieser Stelle weisen wir auf die Problematik der Leerstellen im Justizbereich hin. Die aktuelle Planstellenbesetzung in den Laufbahngruppen 2.1 und 1.2 im gerichtlichen und staatsanwaltlichen Bereich zum Stichtag 01.10.2022 stellt sich wie folgt dar:

Laufbahngruppe 2.1: Planstellen nach Haushaltsplan 4260, ist Besetzung am 01.10.2022, 3701,16. Anzahl freier Stellen 558,84

Laufbahngruppe 1.2: Planstellen nach Haushaltsplan 5489, ist Besetzung am 01.10.2022, 4580,99. Anzahl freier Stellen 908,01.

Eine tatsächliche Besetzung dieser Leerstellen wäre dringend notwendig. Denn diese befinden sich inzwischen auf einem besorgniserregenden Niveau.

Die Einführung der elektronischen Akte/elektronischer Rechtsverkehr kommt nur schleppend in Gang. Für den Bereich der IT Betreuung fehlt massiv Personal.

Derzeit stellt sich die Situation z. B. im Bereich des Beratungs- und Informationsdienstes wie folgt dar, 26 Mitarbeiter betreuen ca. 38.000 Anwender in der Justizverwaltung.

Aus unserer Sicht ein unhaltbarer Zustand.

Gleichzeitig, muss der öffentliche Dienst, und hier insbesondere die Justizverwaltung NRW attraktiver und moderner werden. Dazu zählen zum einen die zukunftsgerechte Ausstattung der Ausbildungsstätten sowie eine attraktivere Bezahlung.

Die Anhebung des Eingangsamtes für den Bereich der Laufbahngruppe 1.2 nach A 7 ist dringend notwendig.

Für die Laufbahngruppe 1.1. (Justizwachtmeisterdienst) sollte eine 2jährige Ausbildung angestrebt werden. Damit wäre der Einstieg in die Laufbahngruppe 1.2 gewährleistet.

Des Weiteren schließen wir uns der Stellungnahme des DBB NRW vollumfänglich an.

Mit freundlichen Grüßen

Der Landesvorstand der DJG NRW